

Die Tibeter haben ein Recht auf Selbstbestimmung



Tibetische Nonnen auf einer Demonstration im indischen Dharamsala: Noch nie gab es so viele Proteste innerhalb und außerhalb Tibets wie im März 2008.

Die Juristin Eva Herzer fasst die aktuelle Lage in Tibet und die Reaktion der chinesischen Führung zusammen und setzt die Ereignisse in einen politischen Kontext. Tibet hat das Recht auf territoriale Integrität und aus Sicht der Vereinten Nationen auch das Recht auf Selbstbestimmung.

von Eva Herzer

Im Olympiajahr 2008 erheben sich Tausende Tibeter gegen die chinesische Herrschaft, nicht nur in Lhasa, sondern bis hin zu weit abgelegenen Dörfern und Klöstern. Sie riskieren dabei Gefängnis und Folter und setzen ihr Leben aufs Spiel. Sie tragen Bilder S.H. des Dalai Lama, schwenken die tibetische Flagge und rufen nach Freiheit – sie tun all das,



was in Tibet streng verboten ist. Die ersten Demonstranten wurden bereits wegen „spalterischer“ Aktivitäten, initiiert von der „Dalai Clique“, und wegen Eigentumsdelikten zu lebenslangen Gefängnisstrafen verurteilt.

Zwar war es auch in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder zu Protesten gekommen, doch waren sie nie so weit verbreitet, so ausdauernd und von einer solchen Entschlossenheit wie seit dem März dieses Jahres. China, so scheint es, kann das lang anhaltende Leid und die tief sitzende Verbitterung nicht mehr in Schach halten. Trotz jahrzehntelanger systematischer und brutaler Unterdrückung dringt der Ruf des tibetischen Volkes nach Freiheit über die Gipfel des Himalaya hinaus in die Welt und in die Schlagzeilen der internationalen Presse.

Statt sich des ursächlichen Problems für das Leid der Tibeter anzunehmen, hat China wieder einmal mit militärischer Gewalt reagiert. Soldaten schossen auf Zivilisten, 150 Tibeter wurden getötet, Hunderte verwundet und Tausende inhaftiert. Genaue Zahlen sind schwer zu ermitteln, weil China unverzüglich alle ausländischen Journalisten ausgewiesen, Telefon- und Internetverbindungen gekappt und Mobiltelefone und Computer konfisziert hat. Trotz der Aufrufe der Vereinten Nationen und vieler Regierungen in der ganzen Welt hat China abgelehnt, einer internationalen Untersuchungskommission Zugang nach Tibet zu gewähren und riegelt das Land weiterhin von der Außenwelt ab.

In diesem Informationsvakuum startete Peking eine Propagandaoffensive und beschuldigte S.H. den Dalai Lama, Anführer dieser Revolte zu sein. Durch abfällige und verleumdende Bemerkungen über den Friedensnobelpreisträger – er sei „ein Schakal im Mönchsgewand, ein Monster mit einem menschlichen Gesicht und dem Herzen einer Bestie“ – hat

China das tibetische Volk weiter gereizt, das den Dalai Lama als religiöses und politisches Oberhaupt verehrt und für das er das Symbol ihres Glaubens, ihrer kulturellen Identität und ihres Landes ist.

Chinesische Regierung schürt Hass

Als die internationale Reaktion einsetzte mit täglichen Schlagzeilen über die Proteste in Tibet und den Solidaritätskundgebungen entlang der olympischen Route der so genannten „Fackel der Harmonie“ ging China in die Offensive. Es warf den Tibetern Gewalttätigkeit vor und den internationalen Medien Voreingenommenheit. Abzielend auf die patriotischen Gefühle des chinesischen Volkes stellte China dann die tibetische Erhebung und die internationalen Solidaritätsaktionen als einen Angriff auf das chinesische Volk dar und erzeugte dadurch einen ethnischen Hass, der zu Demonstrationen in China führte. Zehntausende Chinesen stellten sich den tibetischen Demonstranten entlang der Route des internationalen Fackellaufs entgegen und hielten Schilder mit der Aufschrift „Dalai Lügner“ hoch. Sie belästigten Exiltibeter, von denen viele nur das nackte Leben retten konnten, als sie nach Gefangenschaft und Folter aus Tibet flohen, mit Ausrufen wie: „Es gibt kein Tibet, zeigt mir doch Tibet auf der Landkarte!“ W.G. Huang, ein Amerikaner chinesischer Abstammung, der in den 70er Jahren in China aufwuchs, fing die Stimmung in China ein:

„In einer Rede rief ein ranghoher Funktionär der chinesischen Kommunistischen Partei die Öffentlichkeit auf, einen ‚Volkskrieg‘ gegen jene zu starten, die es wagen sollten, China zu kritisieren und zu isolieren. Die feindliche Rhetorik, die darauf folgenden

landesweiten Demonstrationen, die Boykotts gegen westliche Unternehmen, all das erinnert an den Vorsitzenden Mao und seine Mobilisierung der Jugendlichen, gewaltsam gegen Personen vorzugehen, die es gewagt hatten, das kommunistische Regime infrage zu stellen. Zum Teil schürt die chinesische Führung den nationalistischen Wahn auch, um ihr Vorgehen gegen interne Abweichler zu rechtfertigen. Damit bezweckt sie, die Aufmerksamkeit der Menschen von Problemen wie der grassierenden Korruption und der sich vertiefenden Kluft zwischen Arm und Reich abzulenken.“

Die von der chinesischen Regierung geschürte ethnische Zwietracht vertieft den Konflikt zwischen China und Tibet, weil sie Hass in die Herzen der Chinesen senkt, die über die wahre Situation in Tibet weitgehend falsch informiert sind. Die Regierung fördert einen sinnlosen Hass gegen ein Volk, das 58 Jahre lang Unterdrückung, schwere Angriffe zur Vernichtung seiner Kultur und gravierende Menschenrechtsverletzungen gewaltlos ertragen hat. Sie nutzt die noch nicht befriedigten materiellen Bedürfnisse der chinesischen Massen, um die Tibeter als undankbare Nutznießer von Entwicklungshilfe zu brandmarken, wobei der Großteil dieser „Entwicklungshilfe“ in Wirklichkeit den strategischen Zielen Chinas dient. Diese Strategie des Aufpeitschens der Bevölkerung zum Rassenhass trägt den Konflikt auf der chinesischen Seite von der politischen Ebene auf die persönliche. Ziel ist, die Kommunistische Partei zu stärken, deren ideologische Basis inmitten des kapitalistisch anmutenden Wirtschaftsbooms schwindet.

Im März kritisierten 29 chinesische Intellektuelle in einem offenen Brief an die Regierung diese Vorgehensweise: „Zurzeit schürt die einseitige Propaganda der offiziellen chinesischen Medien die Animositäten zwi-



schen den ethnischen Gruppen und verschärft eine bereits aufgeheizte Situation noch weiter. Dies ist dem langfristigen Ziel, die nationale Einheit zu sichern, diametral entgegengesetzt. Wir fordern, dass eine solche Propaganda eingestellt wird. Wir unterstützen den Aufruf des Dalai Lama nach Frieden. Da die chinesische Regierung bestrebt ist, sich in die internationale Gemeinschaft einzufügen, sind wir der Meinung, dass sie sich in ihrem Regierungsstil den Normen der modernen Zivilisation anpassen sollte.

Ein Land, das die Zersplitterung seines Gebietes verhindern möchte, muss zunächst einmal verhindern, dass sich seine Nationalitäten entzweien. Deshalb appellieren wir an

drückung in Tibet. Chinas derzeitige Strategie ist verfehlt, die Führung begreift nicht, dass sie, wenn sie Anerkennung von internationaler Seite wünscht, den Tibet-China-Konflikt gewaltlos lösen muss. Sie sollte, wenn sie ein Interesse daran hat, dass die Tibeter ihren Wunsch nach Unabhängigkeit aufgeben, die Tibeter respektieren und unterstützen, vor allem in ihrer Religionsausübung. Tang Danhong, eine chinesische Dichterin und Filmemacherin aus Chengdu, die lange in Tibet gelebt hat, schilderte das durch Chinas Unterdrückung geschaffene Paradoxon so:

„Warum können wir uns nicht mit dem Dalai Lama, der die Forderung nach Unabhängigkeit aufgegeben hat und jetzt einen Mittleren Weg befürwortet, an einen Tisch setzen und in aller Aufrichtigkeit mit ihm verhandeln, um durch ihn Stabilität und Einheit zu verwirklichen?... Kennen wir denn keine anderen Wege als Gewehre und Geld, als kulturelle Zerstörung und spirituelle Vergewaltigung, um Harmonie zu schaffen?“

Diese Menschen (Tibeter), die an den Buddhismus glauben, die versuchen, Ärger und Hass in sich zu besiegen, diese Menschen entwickelten eine Philosophie, die Han-Nationalisten niemals verstehen werden. So erklärte mir ein Mönch: ‚Es ist durchaus möglich, dass wir in einer früheren Inkarnation ethnische Han waren, und in unserem nächsten Leben könnten wir vielleicht wieder als Han geboren werden. Umgekehrt könnten einige Han in einem früheren Leben Tibeter gewesen sein oder in ihrem nächsten Leben Tibeter werden.‘

Die sozialistische Philosophie geht davon aus, dass das Verlangen nach Autonomie und kultureller Abgrenzung verschwindet, wenn die materiellen Bedürfnisse eines Volkes be-

friedigt sind. Aber der Bauboom in Tibet und die Verwandlung Lhasas in eine moderne Stadt haben wenig dazu beigetragen, diesen Konflikt zu vermindern. Im Gegenteil, Chinas Entwicklungsbemühungen haben diesen Konflikt vergrößert, vor allem weil diese Entwicklung von China aufkotroyiert wurde, meist nur den chinesischen Migranten nützt und um den Preis der Zerstörung der Umwelt, der kulturellen Stätten und der Lebensart Tibets erfolgt. Chinas erzwungene materielle Entwicklung – der Bau neuer Staudämme an heiligen Seen, das Hochziehen fremdartiger Wohnkomplexe und die Zerstörung historischer Gebäude, das Verlegen von Eisenbahnlinien, die den Zuzug von Chinesen nach Tibet begünstigen – hat nur dazu geführt, die tibetische Kultur zu vernichten. Unter den Tibetern hat sie eine Verzweigung ausgelöst, die das Potenzial zu einer gewalttätigen Rebellion hat.“

Die Tibeter haben das Recht auf Selbstbestimmung

China setzt sich bei seinem Vorgehen in Tibet kontinuierlich über das international anerkannte Recht der Tibeter auf Selbstbestimmung hinweg, das heißt, über ihr Recht, ihre Angelegenheiten selbst zu bestimmen. Chinas Entwicklungspolitik mindert dieses Recht nicht. Ebenso wenig würde dieses Recht geschmälert, wenn die Rebellion der Tibeter in Gewalt ausartete. Die Palästinenser zum Beispiel haben trotz ihrer gewaltsamen Strategien ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht eingebüßt. Tibet kann zwei voneinander unabhängige internationale Rechtsgrundsätze für sich reklamieren: das Recht auf territoriale Integrität und das Recht auf Selbstbestimmung.

Das Recht auf territoriale Integrität ist das historische Recht der Tibeter auf Unabhängigkeit, das Recht, die Oberhoheit über das Land auszuüben, das traditionell von Tibetern

„Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat 1961 und 1965 das Recht des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung ausdrücklich anerkannt und China aufgerufen, dieses Recht zu respektieren.“

die Führung unseres Landes, direkte Gespräche mit dem Dalai Lama zu führen. Die Regierung muss dem tibetischen Volk erlauben, seine Beschwerden und Hoffnungen ausdrücken zu können und den Bürgern aller Nationalitäten die Möglichkeit geben, die Nationalitätenpolitik der Regierung zu kritisieren und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.“

Doch Peking zerschlägt weiterhin jeglichen Dissens. Es beharrt auf dem längsten Fackellauf der Geschichte, der sogar auf den Mount Everest und durch Lhasa führt, eine Stadt, die praktisch unter Kriegsrecht steht. All das geschieht in der Hoffnung, dass dies China Bewunderung und nationale Ehre einbringen werde. Kein Wunder, dass der Fackellauf das Gegenteil bewirkte: einen Imageschaden für China und verschärfte Aufmerksamkeit für seine Unter-



regiert wurde und das sich von Utsang im Westen bis Kham und Amdo im Osten erstreckt, ein Land, das flächenmäßig etwa die Größe von Westeuropa hat. Das Recht auf territoriale Integrität ist das Recht einer souveränen Nation auf die Kontrolle über ihr Territorium.

Während die Geschichte Chinas und Tibets eine Reihe bedeutender Verflechtungen aufweist, sind viele Wissenschaftler, darunter auch die Internationale Juristenkommission, zu dem Schluss gekommen, dass Tibets historisches Recht auf Souveränität rechtsgültig ist und dass Tibet, falls es das wünscht, Anspruch auf Wiederherstellung seines souveränen Status' hat. Andere Wissenschaftler, viele Politiker und natürlich die chinesische Führung stimmen dieser Schlussfolgerung nicht zu. Das Problem bei historischen Argumenten ist, dass Geschichte in vielfältiger Weise interpretiert werden kann. China stützt seinen Anspruch auf Tibet einzig und allein auf seine historische Interpretation, dass Tibet angeblich schon immer ein Teil Chinas gewesen sei und schließt daraus, dass Tibet kein Recht habe, seine Zukunft selbst zu bestimmen. Bemerkenswert ist, dass China zum Recht Tibets auf Selbstbestimmung fast immer schweigt.

Das Recht auf Selbstbestimmung ist Tibets zweites legales Standbein. Dieses Recht existiert für sich allein und ist unabhängig von Tibets historischem territorialen Anspruch. Anders gesagt, selbst wenn Tibet in der Vergangenheit ein rechtmäßiger Teil von China gewesen sein sollte, so haben die Tibeter heute ein Recht auf Selbstbestimmung. Dieses Recht auf Selbstbestimmung ist ein Eckpfeiler in der Charta der Vereinten Nationen, wo es in Kapitel I [Art. 1,2, A. d. Red.] heißt: „Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele: ... freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln...“

So erkennt das Internationale Recht

ausdrücklich die grundlegende Notwendigkeit an, das Recht eines Volkes auf Gleichbehandlung und Selbstbestimmung zu respektieren. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen erläuterte die Bedeutung des Rechts auf Selbstbestimmung, als sie erklärte: „Alle Völker [haben] das

Eine Diskussion, warum das Recht auf Selbstbestimmung dem tibetischen Volk auch das Recht auf volle Unabhängigkeit verleiht – und nicht nur Autonomie –, würde über den Rahmen dieses Artikels hinausgehen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es eine theoretische Erwägung, da die

„Alle Völker [haben] das Recht, frei und ohne Einmischung von außen über ihren politischen Status zu entscheiden und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten, und jeder Staat ist verpflichtet, dieses Recht im Einklang mit den Bestimmungen der Charta zu achten.“

Aus der Charta der Vereinten Nationen

Recht, frei und ohne Einmischung von außen über ihren politischen Status zu entscheiden und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten, und jeder Staat ist verpflichtet, dieses Recht im Einklang mit den Bestimmungen der Charta zu achten.“ [2625(XXV), 24. Okt. 1970, A.d.Red.]

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat 1961 und 1965 das Recht des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung ausdrücklich anerkannt und China aufgerufen, dieses Recht zu respektieren. Die Tibeter stehen also auf gesichertem rechtlichen Grund, wenn sie ihr Recht auf Selbstbestimmung einfordern. Und weil der Rechtsfall Tibet auf international anerkanntem Recht basiert, verstößt China mit dem Standpunkt, alle Angelegenheiten hinsichtlich Tibets seien Chinas innere Angelegenheit, gegen geltendes Recht. Die internationale Staatengemeinschaft hat die gesetzliche Verpflichtung, China zu ermahnen, das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes zu respektieren.

gewählte tibetische Exilregierung unter S.H. dem Dalai Lama den Verzicht auf Unabhängigkeit angeboten hat und bereit ist, sich mit einer echten Autonomieregelung im Rahmen des chinesischen Staates zufrieden zugeben. Bei einer Autonomievereinbarung würden die Tibeter ihre internen Angelegenheiten selbst verwalten, d.h. ihre Wirtschaft, Umwelt, Religion und Bildung, Sprache sowie ihre sozialen und kulturellen Belange, während China für die Bereiche Verteidigung und Außenpolitik zuständig wäre.

Der Verzicht auf Unabhängigkeit ist ein weitreichender Kompromiss, den viele Tibeter nur widerstrebend unterstützen und den einige ganz ablehnen. Doch China hat sich bisher geweigert, selbst darüber zu verhandeln. Mehr noch, die chinesische Führung will, dass die Tibeter ihre Forderungen hinsichtlich ihres Territoriums ganz fallen lassen. China hat nur eine der drei traditionellen Provinzen Tibets, nämlich Utsang, als Tibet anerkannt, und bezeichnet es als die sogenannte Autonome Region

Tibet (die praktisch keine Autonomie hat), während es Kham und Amdo anderen chinesischen Provinzen eingliederte. Für die Tibeter war und ist das eine inakzeptable Teilung ihres Volkes.

Die Menschen aller dieser drei Provinzen betrachten sich als Tibeter und waren historisch ein Teil Tibets.

Solange sich China nicht ernsthaft mit dem Kompromissangebot des Dalai Lama befasst, ist absehbar, dass sich die Tibeter weiterhin erheben werden. Stabilität und Harmonie, die China so sehr anstrebt, werden unerreichbar bleiben – ebenso wie Chinas Status als Weltmacht. Denn Größe und Reichtum allein reichen nicht

Tibet könnte ein vertrauensbildender Schritt für China in Richtung Demokratie für seine eigene Bevölkerung werden.

Orte der Demonstrationen und Proteste im Frühjahr 2008



Eine Abspaltung dieser Provinzen von Tibet ist von Seiten der tibetischen Führung, die sich aus Vertretern aller drei Provinzen zusammensetzt, weder rechtmäßig noch gerecht und auch politisch nicht durchsetzbar. Kham und Amdo aus einer Autonomievereinbarung auszuschließen, wäre – wenn man Mitteleuropa als Vergleich heranzieht – so, als ob nur Bayern und Baden-Württemberg unter die deutsche Regierung fielen, während die anderen deutschen Bundesländer in die benachbarten EU-Staaten integriert würden. Die Geschichte hat gezeigt, wohin solche Teilungen führen!

aus, um bejubelt zu werden. China muss sich moralische Legitimität erwerben, um solch eines Respekts würdig zu sein.

Während es oft heißt, die Entwicklung zur Demokratie in China sei eine Vorbedingung für einen echten Wandel in der chinesischen Tibet-Politik, könnte sich auch der andere Fall als wahr erweisen. Besteht die internationale Gemeinschaft nachhaltig auf einer beiderseitig vorteilhaften Lösung des Tibet-Konflikts auf dem Verhandlungswege, könnte China schließlich einsehen, dass solch ein Prozess in seinem ureigenen Interesse liegt. Eine erfolgreich verhandelte Lösung für

Eva Herzer stammt aus Schwäbisch Gmünd. Sie ist Rechtsanwältin und Mediatorin in Berkeley, Kalifornien, und war lange Zeit Vorsitzende des Tibet Justice Center. Sie ist Mitbegründerin des International Tibet Support Network.